

Deutungsmacht als machtsensible Perspektive politischer Kulturforschung

Dennis Bastian Rudolf

Einleitung

»Jeder hätte sie gern, viele kämpfen darum, manche scheinen sie zu ›haben‹ – aber bisher ist weitestgehend ungeklärt, was das ist« (2014: V). Mit diesem Satz umreißt Philipp Stoellger zu Beginn seines Vorwortes zur Deutungsmachtanalyse den Horizont eines Konzeptes, welches mit seiner Komposition auf den ersten Blick eingängig, gar intuitiv plausibel erscheint, auf den zweiten Blick aber ebenso schnell (er-)klärungsbedürftig wird. Dass die Verbindung zwischen Macht, als zentralem Begriff der Sozial- und Politikwissenschaften, und Deutung, einem hermeneutischen Prozess des Konstruierens, Erkennens und Verstehens von (Be-)Deutungen und Sinnzusammenhängen innerhalb der politischen Lebenswelt, jedoch eine enorme Anziehungskraft auf die politischen Akteurinnen und Akteure ausübt, zeigt sich nicht nur in der gegenwärtigen politischen Diskussion rund um Fake-News, alternative Fakten und dem Postfaktischen. Die soziale Konstruktion der politischen Wirklichkeit ist immer nur in Deutungen gegeben und findet als alltagschöpferischer Prozess weder im luftleeren, noch im machtfreien Raum statt. Die Art und Weise wie Deutungen entstehen variieren allerdings enorm. Ebenso wie die Faktoren, die darüber Aufschluss geben, warum bestimmte Deutungen akzeptiert und unhinterfragt gültig bleiben, während andere von vorne herein abgelehnt oder im Laufe der Zeit fragil werden. Nähert man sich diesen Fragen von Seiten der politischen Kulturforschung aus an, werden unmittelbare Assoziationen zu Karl Rohe geweckt, welcher mit dem Wechselspiel zwischen deutungskulturellen Angeboten und deren soziokultureller Verankerung die Handlungs- und Prozessaspekte politischer Kultur in den Fokus gerückt hat:

»[...] *wer* in einer politischen Gesellschaft für *wen* auf *welche* Weise *was* für politische Deutungsangebote macht und machen kann, oder noch grundlegender: *ob* überhaupt eine hinreichende symbolische Verdeutlichung der politischen Basiskonzepte und Basisregeln eines politischen Gemeinwesens erfolgt« (1987: 42, Hervorheb. im Original)

zählt für ihn zu den kardinalen Fragen der politischen Kulturforschung. Die damit implizierte Kritik an der klassischen Umfrage- und Einstellungsforschung in der Tradition von Gabriel Almond und Sidney Verba, verstand er jedoch nie als prinzipiellen Einwand gegen den methodischen Zugang, sondern als Anregung für eine notwendige Ergänzung (1994: 5).

Hier möchte der Beitrag ansetzen und über den Begriff der Deutungsmacht (Vorländer 2006; Stoellger 2014) eine machtsensible Perspektive für die politische Kulturforschung aufzeigen, welche versucht, die nach wie vor verhärteten Fronten unterschiedlicher Ansätze zu klären und Möglichkeiten der gegenseitigen, konzeptionellen wie methodischen Weiterentwicklung der Forschung aufzuzeigen. (2) In einem ersten Schritt erfordert dies eine Annäherung an den Begriff der Deutungsmacht. Inwiefern besteht im Kontext der politischen Kultur Deutungsbedarf und warum erscheint das Konzept der Deutungsmacht dazu geeignet, die politische Kulturforschung eine machtsensible Perspektive zu bereichern (Schubert/Kosow 2007: 45) bzw. ihr eine explizite Machtdimension einzuschreiben (Schulz 2006: 68). (3) Vor dem Hintergrund eines umfassenden Verständnisses politischen Kulturs, wie es sich beispielsweise bei Samuel Salzborn findet (2009: 46f.), sollen vier konzeptionelle bzw. methodische Probleme eines klassischen Ansatzes adressiert werden, welche Anknüpfungspunkt für eine konstruktive Ergänzung durch das Deutungsmachtkonzept bieten. Dazu zählen neben dem Problem einer »Arithmetik der Macht« (Westle 2009: 51), die Komplexität politischer Unterstützungsobjekte, die historischen Eigenarten politischer Kulturen sowie die Schwierigkeiten des Instruments der Umfrageforschung bezüglich der Anwendungsmöglichkeiten in nicht-demokratischen Systemen. (4) Ausgehend davon, dient vor dem Hintergrund der Deutungsmachtperspektive David Eastons Konzept der politischen Unterstützung als zentraler Ankerpunkt für den gegenseitigen Austausch unterschiedlicher Ansätze. (5) Fazit und Ausblick widmen sich den Möglichkeiten für die Weiterentwicklung der politischen Kulturforschung bezüglich einer machtsensiblen Perspektive sowie weiteren potentiellen Forschungsfeldern für Deutungsmachtanalysen.

Was ist Deutungsmacht?

Mit Blick auf den Machtbegriff innerhalb der Politischen Theorie, handelt es sich bei Deutungsmacht terminologisch um ein recht junges Konzept, welches erstmals 2006 von einer Forschergruppe um Hans Vorländer an der TU Dresden in die Debatte eingebracht wurde. Im Sinne einer Bestimmungsmacht oder Verfü-

gungsmacht, versuchen die Autoren jene spezifische Macht¹ zu konzeptualisieren, die sich in der Akzeptanz und Befolgung einer verfassungsgerichtlichen Interpretation zeigt und bezüglich ihrer Durchsetzung weder auf umfangreiche exekutive Verfügungs- oder Verhinderungs-, noch auf legislative Gestaltungsmacht zurückgreifen kann. Als eine weiche Form der Macht, manifestiert sich Deutungsmacht in der erfolgreichen Durchsetzung von Leitideen und Geltungsansprüchen, die, ausgehend von der Deutung komplexer und abstrakter Rechtsnormen der Verfassung, den grundlegenden Ordnungsvorstellungen des politischen Gemeinwesens Ausdruck verleihen (Vorländer 2006: 15-17). Machttheoretisch genügt es für ein solches Machtkonzept freilich nicht, sich allein auf einen intentionalistischen Machtbegriff zu stützen. Zwar bleibt im Sinne Max Webers sowohl personal wie strukturell von zentralem Interesse, worin jene Chance besteht, die eigene Deutung innerhalb einer sozialen Beziehung durchzusetzen, da einem Machtunterworfenem eine Deutung jedoch kaum gegen seinen Willen aufgezwungen werden kann, bleibt ein solcher Machtbegriff zwangsläufig limitiert, wenn es um die Frage der Anerkennung geht.² Deutungsmacht zeichnet sich für Daniel Schulz deshalb gerade dadurch aus, dass sie nicht direkt über den Willen oder das Handeln Anderer verfügt, sondern mittelbar auf diese einwirkt, indem sie Geltung hinsichtlich der Definition und Relevanz zentraler gesellschaftlicher Werte, Ziele, Überzeugungen und Ordnungsvorstellungen beansprucht und entfaltet (Schulz 2006: 67). Damit beziehen sich die Autoren zum einen auf mediale Machtbegriffe, wie sie beispielsweise in Arbeiten Pierre Bourdieus oder Michel Foucaults angelegt sind, und zum anderen auf die Unterscheidung zwischen transitiver und intransitiver Macht, die Gerhard Göhler im Kontext institutionentheoretischer Überlegungen erörtert hat (1997, 2013). Deutungsmacht wird dann als eine besondere Modalität von Macht verstanden, die sich bei der Erzeugung legitimer Deutungen zwar auf die Bereitstellung und Mobilisierung unterschiedlicher Sinn- und Geltungsressourcen stützen muss, sich aber nicht exklusiv, sondern komplementär zu anderen Modi der Macht verhält. Mit Blick auf die Unterscheidung zwischen transitiver und intransitiver Macht gilt, dass einerseits harte Formen der Macht, wie ökonomische, politische oder militärische Verfügungs- oder Verhinderungsmacht, stets in symbolisch-institutionelle Sinn- und Geltungskontexte eingebettet sind, und andererseits auch die Deutungsmacht von Akteurinnen und Akteuren immer auf sozialen, ökonomischen

1 Philipp Stoellger stellt infrage, dass es sich bei Deutungsmacht tatsächlich um eine spezifische Machtform handelt. Er plädiert stattdessen dafür, die Deutungsdimension von Macht nicht als einen eigenen Typus zu verstehen, sondern als eine Dimension aller Machtverhältnisse (2014: 49).

2 Zwar mag es kurzfristig, durch Sanktionierung oder Androhung von Gewalt, durchaus möglich sein, bestimmte Deutungen autoritativ durchzusetzen bzw. konformes Verhalten zu erzwingen, wie politische Ordnung selbst bedürfen jedoch auch Deutungen der Anerkennung, um auf dauerhaft legitimierend und stabilisierend wirken zu können.

und politischen Strukturen beruht, denen hierarchische Macht- und Herrschaftsbeziehungen eingeschrieben sind (Vorländer 2006: 17).

Im Versuch der Überwindung einer materialistischen bzw. idealistischen Verkürzung sowie in der Vermittlung des Gegensatzes von Akteurin und Akteur und Struktur, sehen Sophia Schubert und Hannah Kosow über das Konzept der Deutungsmacht die Möglichkeit, die aktuelle Machtdebatte innerhalb der Politischen Theorie der Gegenwart sowohl konzeptionell, wie auch normativ und empirisch bereichern zu können (2007: 43-45). Konzeptionell, weil über den Begriff der Deutungsmacht eine symbolischen Dimensionierung institutionalisierter Macht erreicht werden kann, die bezüglich des Sinn- und Bedeutungshaften nicht nur komplementär, sondern geradezu konstitutiv für andere Dimensionen institutionalisierter Macht erscheint. Normativ, weil mit dem Deutungsmachtkonzept der Versuch unternommen wird, sich von einem negativ-kritischen Machtverständnis zu lösen.³ Und letztlich empirisch, sofern eine Abstraktion des Konzeptes vom spezifischen Kontext des Bundesverfassungsgerichtes gelingt, welche Deutungsmacht nicht nur bezüglich einer konkreten Institution erörtert, sondern hinsichtlich des Symbolischen als konstitutive Dimension von institutionalisierter Macht im Allgemeinen.⁴

Ein Abstraktionsversuch von Deutungsmacht innerhalb der politischen Kulturforschung

Aus Sicht der politischen Kulturforschung ergeben sich für eine solche Abstraktion offensichtliche Anknüpfungspunkte. So betont Vorländer, dass eine jede politische Ordnung in sozial konstituierten Sinnbezügen steht, die den geteilten Bedeutungen auf mannigfaltige Weise Ausdruck und Geltung verleihen muss. Die Symbolisierung grundlegender politischer Weltbilder und Leitideen in Institutionen, Praktiken, Diskursen, Sprache, Texten und Ritualen stellt eine notwendige

3 Indem die Dichotomie der Agent-Struktur-Debatte aufgebrochen wird, kann die Institutionalisierung von Macht sowohl aus einer Akteurs- und/oder Strukturperspektive gesehen und damit sowohl positiv-produktiv wie auch negativ-repressiv analysiert werden.

4 Politische Institutionen stehen demnach für mehr als einen einzuhaltenden Regelkatalog, der Verhaltensweisen und Handlungsalternativen durch das Zusammenspiel aus Norm, Anreiz und Sanktion ermöglicht oder verunmöglich. Da politische Institutionen nicht dauerhaft auf Gewalt beruhen können, zeigt sich ihre eigentliche Macht gerade dann, wenn sie normativ »in den Bürgern selbst verwurzelt« (Göhler 2007: 302f.) sind, weshalb niemand aus dem kulturellen Rahmen fällt und dafür sanktioniert werden muss. Um auf Dauer stabilisierend zu wirken, müssen politische Institutionen allerdings bereits im Vorhinein orientierend wirken, indem sie ihre grundlegenden Werte und Sinnvorstellungen zum Zweck der normativen Integration und symbolischen Repräsentation zum Ausdruck bringen (Göhler 1997; Brodbeck 2006; Rehberg 2014).

Legitimitätsleistung für die politische Ordnung dar, welche nur in der Arena der politischen Kultur erbracht werden kann (Vorländer 2006: 17): »Zugespitzt«, kommentiert Daniel Schulz, »ließe sich so behaupten, dass Geltung immer auf Deutung beruht und dass jede Deutung ein soziales Substrat besitzt« (2006: 67). Damit ist die Konstruktion von als legitim akzeptierten Deutungen essentiell für die Stabilität bzw. Persistenz einer jeden politischen Ordnung. Gerade ein Ansatz, »der solche machtförmigen Prozesse innerhalb der deutungs- und soziokulturellen Spannungsverhältnisse verortet« (ebd.: 68), steht jedoch außerhalb des Kontexts des Bundesverfassungsgerichts bzw. des Rechts noch aus.

Philipp Stoellger hat mit seinem Deutungsmachtkonzept zwischen Hermeneutik und Diskursanalyse zudem auf einen wichtigen Punkt aufmerksam gemacht, der für einen solchen Abstraktionsversuch weiterführend erscheint. Er weist darauf hin, dass allein durch die personale wie strukturelle Macht zur Ermöglichung und Verwirklichung einer Deutung »noch nicht verständlich [wird], wie eine Deutung selber mächtig werden kann« (Stoellger 2014: 37). Neben der Macht zur Deutung, die als personales Vermögen immer rollentheoretisch in die vor- und nachgängigen, historisch-kulturellen Deutungskontexte und -prozesse eingebettet ist und damit stets akteurs- wie strukturlogisch gedacht werden muss, ist es für das Verständnis von Deutungsmacht essentiell, die Deutung selbst, d.h. ihre Mediälität, Kommunikation und Rezeption, in die Analyse miteinzubeziehen.⁵ Als *genitivus obiectivus* kommt nicht nur den Adressaten der Deutung eine herausragende Rolle hinsichtlich ihrer Anerkennung zu, sondern im Sinne eines *genitivus subiectivus* auch der Deutung selbst, welche mächtig werden und sich verselbstständigen kann.⁶ Deutungsmacht gilt es deshalb prinzipiell als eine vierstellige Relation aus Akteur, Struktur, Medium und Rezipient zu modellieren, die nicht allein von Seiten des Akteurs oder der Struktur, sondern erst durch deren Kommunikation in media-

5 Damit unterscheiden sich beide Deutungsmachtkonzepte grundlegend von anderen Ansätzen, die in ähnlicher Weise auf den machtförmigen Einfluss von Medien bzw. der medialen Vermittlung aufmerksam machen. Daniel Lambach und Christian Göbel verweisen mit ihrem Konzept einer diskursiven Macht beispielsweise auf die infrastrukturellen Kapazitäten eines autokratischen Regimes, seine Untertanen durch geschicktes Top-Down-Framing »das glauben zu machen und wollen zu lassen, was es will« (2010: 85). Als autokratisches Wesensmerkmal gerät die Seite der Adressaten bzw. deren politisch-kulturelle Einbettung bei ausreichender Diskurshoheit des Regimes jedoch aus dem Blick. Zudem wird trotz Anlehnung an einen kritisch-marxistischen Machtbegriffs bei Steven Lukes und Antonio Gramsci ausgeblendet, dass auch in Demokratien, trotz des pluralen Spielraums, diskursive Hierarchien bestehen.

6 Paula Diehl betont in ihren Überlegungen zum Verhältnis von Symbolizität und Performativität, das Texte, Bilder und Rituale selbst die Kraft von Handlungen besitzen, weil sie wirklichkeitskonstituierend bzw. -verändernd wirken (Diehl 2016: 14). Dem Legitimationsglauben des Individuums in das Medium steht somit ein Handeln des Mediums bzw. das Ergriffenwerden von demselben gegenüber.

len Formen zu verstehen ist (ebd.: 38).⁷ Stoellgers mediale Erweiterung lässt sich so für eine Abstraktion des vorländerschen Deutungsmachtkonzeptes nutzen, um der Frage auf die Spur zu kommen, wann Deutungen im Kontext der politischen Kultur mächtig und für politisches Handeln relevant werden. Dafür scheint jedoch eine Verknüpfung mit den kardinalen Forschungsfragen Rohes, dem Wechselspiel aus deutungs- und soziokultureller Praxis sowie dem konstitutiven Doppelcharakter politischer Kultur notwendig.

Forschungsfragen der Politischen Kulturforschung zur Deutungsmacht

(a) Bezuglich der Frage, *wer* innerhalb einer Gesellschaft politische Deutungsangebote machen kann, erscheint es zunächst wenig überraschend, dass die Macht bzw. die Möglichkeit zur Deutung nur bestimmten, professionalisierten Sinn- und Symbolproduzenten aus Politik, Kultur, Wirtschaft etc. zukommen kann. Sie verfügen aufgrund personeller Autorität und/oder ermächtigender Strukturen und Ressourcen über »institutionell abgestützte Deutungskulturen« (Rohe 1994: 9), um politische Sinn- und Deutungsangebote für andere zu produzieren. Im alltagschöpferischen Prozess der politischen Kulturflege ist es – unabhängig davon, ob es sich um bloße Anpassungsleistung oder grundlegende Innovationen handelt – deren Aufgabe, politischen Sinn zu generieren, zu aktualisieren und symbolisch zu erneuern. Die Kontrolle über die politische Kultur bzw. der Einfluss auf die Kulturpolitik beschränkt sich damit jedoch nicht auf das Kulturmonopol des Nationalstaates, sondern zielt gerade auf die kommunikativen Machtverhältnisse innerhalb eines kulturellen Pluralismus bzw. dessen Vorhandensein innerhalb der Gesellschaft ab (Pelinka 2009: 226). Damit sind Deutungsmachtkonflikte zwischen den Sinnproduzenten jedoch vorprogrammiert.⁸

(b) Die Frage *für wen* diese gemacht werden bzw. »*wer* diese anderen sind, ob sie sich primär transnational, national, konfessionell, regional, ethnisch, sozial, sektoral oder funktional bestimmen lassen« (Rohe 1987: 40), bleibt zunächst offen.

⁷ Deutungsmacht definiert Stoellger entsprechend als »personal das Vermögen zur Deutung oder dazu, mit Deutung Macht auszuüben, nicht-personal die [...] Möglichkeit zur Deutung oder zur Macht in Form von Deutung, näherhin medial die Möglichkeit und das Wirkungspotential einer Deutung und strukturell die Macht zur Ermöglichung bzw. Verwirklichung einer Deutung (reps. deren Negation analog zum Machtbegriff)« (2014: 36-37, Herv. i. O.).

⁸ Stoellger unterscheidet zwischen einem Normalfall von Deutungsmacht, in dem diese »bereits anerkannt, daher »selbstverständlich« und nicht als solche thematisch oder problematisch [ist]« und einem Konfliktfall, in dem diese strittig wird, »nicht mehr (oder noch nicht) selbstverständlich, sondern im Vergehen (oder Entstehen) begriffen [ist]« (Stoellger 2014: 41f.). Die implizite These erkennt eine Deutung demnach gerade dann als besonders mächtig an, wenn ihr un hinterfragt gefolgt wird.

Politische Kultur hat das Individuum nicht allein, sondern immer nur mit anderen zusammen. Träger sind letztendlich nicht die Individuen selbst, sondern die gesellschaftlichen Kollektive. Deshalb ist es essentiell, sich darüber klar zu werden, »wer der kollektive Träger der von ihr zu untersuchenden politischen Kultur ist« (Rohe 1987: 40; Gabriel 1994: 25). Dies erscheint jedoch mitunter höchst problematisch, da die Nation bzw. die politische Gemeinschaft, als primäre Untersuchungsebene der politischen Kulturforschung, selbst auf einen abstrakten, unverfügbar⁹ und damit deutungsbedürftigen Begriff verweist.¹⁰ Die üblicherweise gewählten Kriterien für eine inhaltliche Definition, bleiben wie Eric Hobsbawm resümiert, »fuzzy, shifting and ambiguous, and as useless for purposes of the traveller's orientation as cloud-shapes are compared to landmarks« (1990: 6). Nun sind Deutungsangebote gleichwohl nicht in der Lage, unverfügbare Begriffe wie die Nation abschließend zu definieren oder die Diskussion über sie zu beenden. Im Kontext politischer Kultur kommt ihnen – beispielsweise über die Vermittlung von mit politischem Sinn gefüllten Weltbildern – aber die Aufgabe zu, diese zu erschließen, sie sozial wie symbolisch zu bewältigen und ruhigzustellen. Was die Nation bzw. die politische Gemeinschaft ist und wer bzw. wer nicht ein Teil von ihr ist oder sein kann, lässt sich schwerlich in Form von Merkmalszuschreibungen erfassen, sondern ist das Ergebnis einer gemeinsamen Lebensweise. Unabhängig von der Untersuchungsebene (Nation, Bundesland, Stadt, Dorf etc.) stößt man jedoch auf eine weitere Schwierigkeit bezüglich der Fragen, für wen Deutungsangebote gemacht werden. Da es sich bei politischer Deutungskultur um einen, von der politischen wie sozialen Alltagswelt, abgehobenen Prozess handelt, »der vorrangig von Leuten inszeniert und verwaltet wird, die an der politischen Soziokultur, die sie thematisieren und mit Deutungsangeboten versehen, selbst nur bedingt teilhaben« (Rohe 1987: 43), besitzen Deutungen stets eine gewisse Eigenlogik. Zu einem nicht unerheblichen Teil kommen in politischen Deutungsangeboten die Vorstellungen einer politisch-kulturellen Elite zum Ausdruck, weshalb die in einer jeden politischen Kommunikation angelegte Möglichkeit zu berücksichtigen ist, »daß das Deutungsangebot nicht ›ankommt‹, weil der ›Empfänger‹ sich in den offerierten Interpretationsangeboten nicht ›wiederfinden‹ und ›wiedererkennen‹ kann« (ebd.: 43). Daher muss weiterhin gefragt werden, welchen Anspruch (umfassend vs. partikular) Deutungsangebote

9 Für Hans Vorländer gelten solche Sachverhalte als unverfügbar, »die in der Perspektive von Akteuren der unmittelbaren, alltäglichen Lebenswelt entzogen sind und deshalb quasi entrückt erscheinen, die gleichwohl aber auf sie zurückwirken und ihr Sinn und Geltung verleihen« (2013: 20).

10 Die Definition Almonds und Verbas verweist hier zwar auf die spezifischen Verteilungsmuster der politischen Orientierungen der Mitglieder einer Nation (Almond/Verba 1963: 13). Ziel ist dabei jedoch eher die territoriale Eingrenzung der Erhebung als der Versuch einer substantiellen Definition des Nationenbegriffs.

innerhalb des Kollektivs vertreten bzw. von welchen gesellschaftlichen Gruppen sie Geltung einfordern sollen und können.

(c) Mit Blick auf die Gruppenbezogenheit politischer Ideen entwickelt die Differenzierung zwischen Deutungs- und Soziokultur weiterhin Relevanz bezüglich der Frage, *was* innerhalb einer politischen Kultur überhaupt gedeutet wird und welchen Einfluss die Produzenten politischer Deutungsangebote auf die für eine soziale Gruppe maßgebenden, Grundannahmen über die politische Welt besitzen. Der zentrale Ansatzpunkt für Rohes Überlegungen findet sich hier in Max Webers Wirtschaftsethik der Weltreligionen. Demnach sind es zwar Interessen und nicht Ideen, die das unmittelbare Handeln der Menschen beherrschen, jedoch bestimmen durch Ideen geschaffenen Weltbilder stets mittelbar¹¹ die Bahnen, in denen die Dynamik der Interessen das Handeln fortbewegt (Weber 1920: 252). Im Kern besteht politische Kultur somit aus nichts Anderes als aus jenen

»in die politische und gesellschaftliche Wirklichkeit eingelassene(n) Ideen, die Politikhorizonte abstecken, Sinnbezüge stiften und von ihren jeweiligen gesellschaftlichen Trägern als Maßstäbe zur Auswahl, Organisation, Interpretation, Sinngebung und Beurteilung politischer Phänomene benutzt werden« (Rohe 1994: 3).

Innerhalb politischer wie gesellschaftlicher Ordnungskonzepte verstehen sich Ideen aber nicht von selbst. Sie werden in entsprechenden Sozialisations- und Kommunikationsprozessen gedeutet, vermittelt und stabilisiert. Die Idee der Demokratie, im Sinne eines *Essentially Contested Concepts* (Gallie 1955), ist so vielfältig wie ihre begriffs- und ideengeschichtlichen bzw. systematischen Entwürfe und Definitionen von der Antike bis in die Gegenwart.¹² Sie erlaubt nicht nur einen weiten Spielraum hinsichtlich der zentralen, demokratischen Prinzipien und Werte, sondern gleichfalls konkurrierende bzw. konfigrierende Deutungen über ein und dieselbe Idee. Für ein tiefergehendes Verständnis politischer Kultur ist es unerlässlich jene kulturellen Eigenarten herauszuarbeiten, in denen sich politische Prinzipien, Werte, Normen, Strukturen, und Wissensbestände über Deutungsmachtprozesse konstituieren und als evaluative Maßstäbe für die Bewertung von Politik eingebettet sind.

(d) Im Wechselspiel aus deutungskultureller Reflexion und soziokultureller Verankerung stützt sich die Anerkennung eines politischen Weltbildes jedoch nicht allein auf die kognitive Verinnerlichung eines politischen Ideen- und Wertesystems,

¹¹ Eben hinsichtlich der Definition und Relevanz zentraler gesellschaftlicher Werte, Ziele, Überzeugungen und Ordnungsvorstellungen (Schulz 2006: 67).

¹² Das gilt beim Vergleich politischer Kultur besonders für Demokratievorstellungen jenseits des Westens (Schubert/Weiß 2016).

sondern stets auch auf dessen emotionale Veräußerlichung. Aufgrund ihres prinzipiellen Doppelcharakters, ist politischer Kultur daher stets beides »innerlich und äußerlich, [...] objektiv und subjektiv« (Rohe 1990: 337). Bezuglich der Frage, *auf welche Weise* politische Deutungsangebote gemacht werden, ist daher die Feststellung zentral, dass neben einer auf die kognitive und normative Dimension bezogenen Inhaltsseite, eine affektive und ästhetische Ausdrucksseite, ein konstitutives Wessenselement politischer Kultur bildet. Ob politische Weltbilder und Ideen in Wort, Schrift, Bild oder Tat zeichenhaft vermittelt werden, ist aus einer Deutungsmacht-perspektive nicht nur deshalb relevant, weil Deutungsangebote unterschiedliche Formen annehmen können, sondern weil Namen, Zeichen, Gesten, Standbilder, Fahnen, Orte, Mythen und Rituale eine eigene Geschichte besitzen und deshalb mehr sind als der bloße Ausdruck des Inhalts (ebd.: 338). Abseits rationaler Zustimmung rufen sie affektive Empfindungen hervor, stellen emotionale Bindungen her und tragen dazu bei, dass Deutungen selbst mächtig werden können. Die erfolgreiche, weil als legitim anerkannte Institutionalisierung von Deutungen über Erzählungen, Ikonographien, Rituale und Symbole, ist für unseren politischen Alltag relevant, weil diese als undiskutierte Selbstverständlichkeiten in die unbewussten Denk-, Rede- und Handlungsgewohnheiten der politischen Soziokultur eingehen.¹³ Gerade angesichts dieser Vielfalt, in der politische Weltbilder medial vermittelt werden, bedarf es deshalb eines breiten kulturwissenschaftlichen Blicks auf politische Phänomene.

Für eine deutungsmachtsensible Perspektive politischer Kulturforschung bleibt somit festzuhalten, dass es sich bei jenen kardinalen Forschungsfragen unweigerlich auch immer um Deutungsmachtfragen handelt. Jedoch ist nicht allein von Interesse, wer für wen, auf welche Weise, was für politische Deutungsangebote macht, sondern vor allem *unter welchen Bedingungen* diese erfolgreich sind. Wie werden neue Deutungen institutionalisiert? Können bereits institutionalisierte Deutungen eine Umdeutung erfahren? Warum werden bestimmte Deutungsangebote angenommen, während andere abgelehnt werden? Wieso bleiben bestimmte Deutungen unhinterfragt anerkannt, während andere Deutungen fragil werden und an Geltung verlieren. Kurzum, worin liegen die institutionellen wie sozialpsychologischen Bedingungen für erfolgreiche Deutungsangebote? Als machtsensible Perspektive zielt eine entsprechende Konzeptualisierung von Deutungsmacht auf die Aufdeckung und Dechiffrierung der politischen Weltbilder sozialer Verbände ab, die sich den Möglichkeiten, Voraussetzungen, Inhalten und Folgen politischer Kulturpolitik widmen und die nur mit Hilfe verschiedener methodischen Zugänge, gelingen kann. Eine solche Perspektive kann allerdings nicht nur im Rahmen

13 Übereinstimmend mit Rohe treten politische Weltbilder in Normalzeiten kaum in Erscheinung, da sie »so etwas wie einen selbstverständlichen Hintergrundrahmen des politischen Lebens darstellen« (Rohe 1994: 15).

qualitativer, kulturwissenschaftlicher Ansätze als aufschlussreich gelten, sondern könnte sich besonders in der Ergänzung klassischer Ansätze als fruchtbar erweisen.

Anknüpfungspunkte der klassischen Politischen Kulturforschung

Wie eingangs bereits angesprochen, muss bis heute konstatiert werden, dass sich klassische Ansätze, wie sie in der Tradition der Almond/Verba-Studien überwiegend im Bereich der quantitativen empirischen Sozialforschung zur Anwendung kommen, und umfassende Ansätze, die vor allem im Bereich der qualitativen Kultur-, Medien- und Sozialwissenschaft prominent rezipierte werden, während des langjährigen Stillstands des DVPW-Arbeitskreises »Politische Kultur-Forschung« weitestgehend unvermittelt bzw. sogar antagonistisch gegenüberstehen. Die gegenseitige Skepsis ergibt sich aber nicht allein aus den unterschiedlichen Antworten auf die theoretisch-konzeptionelle Frage, welchen Gegenstandsbereich das Konzept politischer Kultur umfassen sollte¹⁴ bzw. mit welchen Methoden der Analyse politischer Kultur empirisch zu begegnen sei, sondern ist auch Ausdruck grundlegender Missverständnisse, die im Laufe der Jahre mitunter zu einer hermetischen Abschottung und Immunisierung der jeweils eigenen Ansätze geführt haben.

Sylvia Greiffenhagen betont vor diesem Hintergrund, dass es für eine konstruktive Debatte zur Weiterentwicklung der politischen Kulturforschung nun aber wichtig sei, die alten Grabenkämpfe zu überwinden und die unterschiedlichen Ansätze miteinander zu verbinden:

»Empirische Methoden liefern repräsentative und, soweit möglich, objektive Ergebnisse; hermeneutische Forschungsmethoden helfen dabei, die richtigen Fragen zu stellen und objektiv messbare Phänomene überhaupt zu verstehen« (2009: 24).

Es geht darum, die konzeptionellen und methodischen Möglichkeiten, die der Begriff der politischen Kultur eröffnet, nicht als prinzipielle Schwäche oder Unschärfe, sondern als eine grundlegende Stärke in der empirischen Erforschung zu verstehen (Salzborn 2009: 53). Eine intelligente Koppelung zielt weder darauf ab, »die einstellungsorientierte Analyse politischer Kultur zu Gunsten eines anderen Vorgehens aufzugeben« (Gabriel 1994: 29), noch sieht sie in einstellungszentrierten

¹⁴ Prominent wird hier immer wieder Max Kaases Kritik an der Beliebigkeit der Verwendung des Begriff politischer Kultur zitiert, die dazu geführt hat, dass die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Konzept dem Versuch gleiche, »einen Pudding an die Wand zu nageln« (1983: 144).

Ansätzen einen negativen Referenzpunkt von dem es sich mit allen Mitteln abzusetzen gilt (Schwelling 2004: 21). Mit Hilfe einer machtsensiblen Perspektive politischer Kulturforschung, sollen deshalb vielmehr die Anknüpfungspunkte für eine gegenseitige Ergänzung aufgezeigt werden, um »gleichermaßen normative wie historische, qualitative wie quantitative Ansätze zu integrieren und nutzbar machen zu können« (Salzborn 2009: 53). Zu diesem Zweck sollen in der Folge vier konzeptuelle Schwierigkeiten und Probleme klassischer Ansätze diskutiert werden.

Das Problem einer »Arithmetik der Macht«

Einer der Kerngedanken der klassischen politischen Kulturforschung besteht gerade darin, politische Kulturen im Sinne eines methodologischen Individualismus über die Beziehung zwischen Mikro- und Makroebene zu erfassen. Als überindividuelles Phänomen werden für die Analyse einer politischen Kultur die Orientierungen¹⁵ von Individuen erfasst und anschließend deren Verteilung im Aggregat der Gesamtbevölkerung beurteilt. Vor dem Hintergrund eines »demokratische[n] Argument[s] des Gleichgewichts aller abgefragten Meinungen« (Greiffenhagen/Greiffenhagen 2003: 516) können deshalb unterschiedliche Macht- und Entscheidungspositionen innerhalb des politischen Systems nicht entsprechend in die Analyse miteinbezogen werden. Zwar erscheint

»selbstverständlich allen Forschenden deutlich, dass die Orientierungen und Handlungen von Angehörigen der politischen Elite [...] mehr Gewicht für den politischen Prozess oder die politische Stabilität und Weiterentwicklung eines Systems haben als die Orientierung eines individuellen Bürgers« (Westle 2009: 51),

das Problem einer solchen Arithmetik der Macht lässt sich jedoch durch die methodisch bedingte Konzentration auf die repräsentative Gesamtheit der Bevölkerung nicht entsprechend abbilden. Forschungsgeschichtlich ist im Zuge der unmittelbaren Rezeption der Almond/Verba-Studie jedoch die notwendige und folgenreichenreiche Differenz zwischen einer politischen Eliten- und Massenkultur sowie die methodische Berücksichtigung bei deren Analyse verbrieft: »The fact that the two cultures of the elites and the mass exist in all political systems means that systems can be readily classified according to the character of the relationship between the two« (Pye 1965: 16). Die Untersuchung einer solchen politischen Elitenkultur muss jedoch mehr leisten als die Beschreibung eines repräsentativen Fragments bestimmter Einstellungen und Werthaltungen innerhalb eines breiten

¹⁵ Der Beitrag versteht politische Orientierungen als Überbegriff zur Unterscheidung zwischen politischen Einstellungen und politischen Vorstellungen.

gesellschaftlichen Kontexts. Dazu erfordert es aber eine grundlegende »methodological innovation which will allow us to do justice to the subtleties of the belief systems of sophisticated political leaders [...]« (Putnam 1971: 651; Pye 1965: 16).¹⁶ Das Problem einer Arithmetik der Macht geht somit gleichwohl über die Frage der Gewichtung politischer Einstellungen im Aggregat der Gesamtbewölkerung hinaus. Wenn politische Kultur stets an die systemisierte Form von Herrschaft gebunden ist, spielen die gesellschaftlichen Machtverhältnisse und Herrschaftsstrukturen eine maßgebliche Rolle bei der Vermittlung und Akzentuierung von Inhalten und Sozialisationsformen (Pelinka 2006: 225f.). Da politische Kultur nicht zu einem bestimmten Erhebungszeitpunkt einsozialisiert wird, sondern als lebenslanger Prozess politischer Sozialisation der steten Aktualisierung, Anpassung und Wandlung unterliegt, müssen die Orientierungen und Handlungen der politischer Elite bzw. jener »values and norms regarding politics and the political system held by those closest to the centers of political power, including elected officials, bureaucrats, and business leaders« (Hague et al. 2016: 205) und deren Einfluss auf die Orientierungen der Bürgerinnen und Bürger¹⁷ eine tiefergehende Berücksichtigung bei der Erschließung politischer Kultur finden.

Die Komplexität der politischen Unterstützungsobjekte

Einen grundlegenden Eckpfeiler bei der Erfassung und Systematisierung politischer Orientierungen bildet in klassischen Ansätzen politischer Kultur David Eastons Konzept der politischen Unterstützung (1965, 1975) bzw. dessen Weiterentwicklungen und Verfeinerungen im Kontext der empirischen Sozialforschung (Fuchs 1989; Gabriel 1994, 1999; Westle 1989, 2009). Politische Unterstützung wird in diesen Ansätzen als eine Einstellung verstanden, mit welcher sich ein Individuum evaluativ gegenüber einem politischen Unterstützungsobjekt orientiert. Während sich die spezifische Unterstützung, als Leistungsbewertung der politischen Herrschaftsträger, nur auf dieses eine Unterstützungsobjekt richtet, wird diffuse Unterstützung allen Unterstützungsobjekten entgegengebracht:

16 Dazu stehen mittlerweile auch der Politikwissenschaft eine ganze Bandbreite an Instrumenten zur Verfügung, die im Kontext eines cultural turn erarbeitet und weiter verbessert wurden.

17 Das gilt gerade, wenn aus sozialpsychologischer Sicht davon ausgegangen werden muss, dass politische Eliten ausgeprägtere und konsistentere politische belief systems besitzen als der Rest der Bevölkerung (Converse 1964, Sartori 1967, Rokeach 1960). Eine zentrale Erkenntnis von Converse' berühmter Studie, die bis heute zu den Grundlagentexten einstellungsorientierte Forschung zählt, war es deshalb, dass der Grad an politischer Teilhabe, der Bildungsstand und die Menge an politisch relevanten Informationen innerhalb einer »Arithmetik der Macht« nicht nur nach unten hin immer weiter abnimmt, sondern dass im gleichen Zug auch die politischen belief systems der Individuen immer diffuser und inkonsistenter werden.

»The briefest way of describing the primary meaning of diffuse support is to say that it refers to evaluations of what an object is or represents – to the general meaning it has for a person – not of what it does« (Easton 1975: 444).

Diese prinzipielle Komplexität bzw. Unbestimmtheit der politischen Unterstützungsobjekte (Gemeinschaft, Ordnung, Herrschaftsträger) und ihrer Elemente (Gemeinschaftssinn, Identität – Prinzipien, Ideen, Werte, Normen, Herrschaftsstruktur – Rollen, Befugnisse, Verantwortlichkeiten) stellt für die Messung der politischen Unterstützung jedoch ein prinzipielles Problem dar. Einstellungen beziehen sich stets auf komplizierte und abstrakte Objekte, die sich dem Individuum als vom eigenen Leben relativ weit entfernt, als undurchschaubar und deshalb oft als unwichtig darstellen (Gabriel 1994: 27).¹⁸ Begriffe und Konzepte wie Nation, Staat, Demokratie, Freiheit oder Gerechtigkeit sind nicht nur in wissenschaftlichen Diskurs hochgradig umstritten und umkämpft¹⁹, sondern rufen auch bei den Bürgerinnen und Bürgern unterschiedliche Vorstellungen, Definitionen und Interpretationen hervor. Klassische Ansätze reflektieren diese Schwierigkeiten zwar entsprechend, müssen aus Gründen der Forschungsökonomie und aus theoretisch-konzeptionellen Erfordernissen jedoch auf eine mehrstufige Messung, welche unterschiedliche Interpretationen für die Unterstützungsobjekte und deren Elemente anbieten würde, verzichten. Stattdessen werden den Befragten die ausgewählten Ordnungsvorstellungen und Werte in bewusst uninterpretierter Weise vorgelegt. Dadurch bleibt jedoch im Unklaren, was die Befragten unter den einzelnen Ordnungsvorstellungen und Werten verstehen, weil »ihre Realitätsbewertung der Demokratie auf der Grundlage ihres eigenen (unbekannten) Demokratieverständnisses« (Westle 1989: 241) beruht. Egal ob für die Bewertung der abstrakten Ordnungsvorstellung einer interpretierten politischen Philosophie oder für die materielle politische Ordnung eines konkreten Staates, die Maßstäbe bleiben als »Vorstellung des Befragten vom Wünschenswerten« bzw. als »subjektive Definition des Bewertenden« (ebd.: 191) der Analyse politischer Einstellungen entzogen.

Die Bevölkerung wird mit ihren Vorstellungen jedoch keineswegs allein gelassen. Im Zuge der politischen Sozialisation versuchen relevante politische Akteurinnen und Akteure ganz gezielt ihre Deutungen komplizierter und abstrakter politischer Konzepte und Begriffe zu vermitteln. Schließlich bestimmt aus Sicht

18 Philip E. Converse führt diesen Umstand darauf zurück, dass »educated elites in general, and political elites in particular, ‚think about‘ elements involved in political belief systems with a frequency far greater than that characteristic of mass publics« (2006: 6).

19 Beispielhaft dazu die Sammelbände von Gerhard Göhler, Matthias Iser und Ina Kerner zu Politische Theorie – 25 umkämpfte Begriffe zur Einführung (2012) sowie von Sophia Schubert und Alexander Weiß zur ‚Demokratie‘ jenseits des Westens – Theorien, Diskurse, Einstellungen (2016).

der Befragten nicht der (politik-)wissenschaftliche Diskurs, was unter Demokratie zu verstehen ist oder wer und wer nicht Teil der politischen Gemeinschaft sein kann. Die Maßstäbe für die Ablehnung oder Zustimmung politischer Unterstützungsobjekte und ihrer Elemente bleiben das Ergebnis jenes alltagsschöpferischen Prozesses, in dem sich politische Eliten und Bevölkerung, im Sinne der diffusen Unterstützung, über das universelle Verhältnis von Kultur, Gesellschaft und Staat austauschen (Hildebrandt 1996). Durch politische Sinnkonstruktionen wird in diesem Wechselspiel überhaupt erst verhandelt, was die Unterstützungsobjekte und -elemente repräsentieren und welche grundlegende Bedeutung sie für das politische System und deren Mitglieder besitzen. Welche relevanten Deutungen innerhalb einer Gesellschaft zirkulieren, wie diese Deutungen entstehen, funktionieren und vergehen, ist deshalb von zentralem Interesse für ein besseres Verständnis der diffusen politischen Unterstützung.

Die historischen Eigenarten politischer Kulturen

Die Notwendigkeit der Deutung politischer Unterstützungsobjekte und deren Elemente zielt insofern direkt auf die historischen Eigenarten politischer Kulturen ab, als dass von Seiten der empirische Sozialforschung selbst eine Vernachlässigung hinsichtlich der Erfassung von Prinzipien, Werten, Normen und Weltbildern konstatiert wird (Westle 2009: 31).²⁰ Politische Kultur als »particular distribution of patterns of orientation toward political objects among the members of the nation« (Almond/Verba 1963: 13) betont schließlich nicht allein das Ergebnis kollektiver Sozialisation, welches zu einem bestimmten Zeitpunkt unter der Bevölkerung erhoben wird, sondern auch die längerfristigen historischen Prozesse, in denen sie sich herausbildet und verändert. So konstatiert Gabriel Almond in *The Civic Culture Revisited*, dass »attitudes and values seem to be significantly affected by national and group historical and life experience« (1989: 24). Den Versuch, »die historische Dimension als eine kontrollierte systematische Variable« (Rohe 1994: 3) in die politisch-kulturelle Analyse einzubringen, erkennt Gert Pickel demnach zwar auch durchaus als ein schlagkräftiges Argument gegen die Verengung des politischen Kulturbegriffs an, plädiert angesichts der »erhebliche[n] Umsetzungsprobleme in der Praxis« dennoch dafür, »eine bewusste – und auch reflektierte – Verengung des politischen Kulturbegriffes beizubehalten« (2010: 10). Diese Einschätzung erscheint widersprüchlich und immunisierend, wenn Rohes Einwand prinzipiell als

²⁰ Zwar betont Westle, dass »dieses Defizit weder dem Konzept noch dem methodischen Zugang der Befragung inhärent« (2009: 31) sei, die weitere Systematisierung und Verfeinerung der Messung bleibt hier jedoch eher ein konzeptuelles Problem als eine mögliche Lösung (ebd.: 50).

gerechtfertigte Kritik anerkannt wird, letztendlich aber trotz der aufgezeigte Probleme keinen Niederschlag in möglichen Ergänzungen findet.²¹ Mit Blick auf die historische Entwicklungsdimension politischer Kultur besteht somit weiterhin die Notwendigkeit einer »encyklopädischen Dokumentation institutioneller und kultureller Details«, um zu jener »die historische Genese reflektierenden Gesamtinterpretation« (Salzborn 2009: 55) zu gelangen, welche »die politischen und gesellschaftliche Totalität der Moderne« (ebd.: 53) überhaupt erst fassbar macht. Ein solches Vorgehen kann klassische Ansätze aber nicht nur hinsichtlich jener historisch-kulturellen Eigenarten bereichern, die in politischen Deutungsangeboten transportiert werden, sondern eröffnet eine wichtige Vergleichsperspektive für das Verständnis politischer Unterstützung in unterschiedlichen politischen Kulturen.

Politische Kulturforschung in nichtdemokratischen Systemen

Kulturellen Eigenarten und historische Tiefendimensionen sind allerdings nicht nur aufgrund der zeitlichen Beschränkung von Umfrageergebnissen von Interesse, sondern vor allem deshalb, weil sich aus der engen Verbindung klassischer Ansätze der politischen Kulturforschung mit dem Instrument der Umfrageforschung gerade in nicht-demokratischen Systemen erhebliche Anwendungsprobleme ergeben. So betont Gert Pickel, dass in Autokratien, neben der begrenzten Datenbasis für vergleichende empirische Untersuchungen, ein prinzipielles Problem bezüglich der Reliabilität und Validität der Messung von politischer Unterstützung besteht (Pickel 2013: 186f; 2009). Zur Schwierigkeiten führt dies einerseits, weil Umfrageprojekte auch in nicht-demokratischen Systemen ein normatives, demokratisches Grundgerüst für die Fragenkataloge zugrundlegen und andererseits, weil zu berücksichtigen bleibt, dass die Antworten der Befragten, aufgrund von (potentiellen) Repressionsmechanismen, stark von sozialen Konformitäts- und Erwünschtheits-Effekten beeinflusst werden. Der implizite Wunsch klassischer Ansätze, Autokratien – trotz der Anfälligkeit des Instruments der Umfrageforschung – auch weiterhin »von der Demokratie her denken« (ders. 2013: 198) zu wollen, ist letztendlich Ausdruck der Entwicklung hin zu einer kulturellen Demokratieforschung, welche keine Abkehr vom Transitionsparadigma (Carothers 2002) verfolgt, sondern die Unausweichlichkeit der Demokratisierung (Pickel 2009) weiter voraussetzt. Ein solcher *democracy bias* bzw. solch eine Demokratisierungs-Teleologie geht trotz neue-

²¹ Entgegen dem Vorwurf verkennt Röhe Kritik in dieser Beziehung gerade nicht die Potentiale der Befragung hinsichtlich Erschließung, Analyse und Interpretation (Westle 2006: 275), sondern zeigt sich, unter der Voraussetzung, dass die Umfrageforschung richtig gehandhabt wird, sogar offen für einen solchen Königsweg. In diesem Verständnis müssten klassische Ansätze gerade ein eigenes Interesse daran entwickeln, ihre systematischen Erkenntnisgrenzen mit Hilfe von historischen Sprach-, Verhaltens- und Symbolanalysen zu ergänzen (Röhe 1994: 5).

rer Erkenntnisse der Autokratieforschung davon aus, »dass genuine Legitimität sich nur aus demokratischer Legitimität speisen kann« (Holbig 2010: 38), weshalb die Beziehungen zwischen Struktur und Kultur »eigentlich fast nur für demokratische oder teildemokratische System sinnvoll zu bestimmten sind« (Pickel 2010: 620).²² Zu den Leistungen neuerer Forschungsarbeiten im Bereich der Autokratieforschung gehört jedoch gerade die Einsicht, dass sich die Persistenz autokratischer Regime nicht *ex negativo*, sondern nur über die jeweils eigenen Funktionsweisen und -logiken verstehen und erklären lässt.²³ Im Zentrum der Diskussion um die Legitimation autokratischer Regime steht somit nicht die normativ-demokratische Legitimität, sondern der von Max Weber als Schlüsselkriterium für das Verständnis politischer Herrschaft erörterte Legitimitätsglauben. Auch Autokratien sind darauf angewiesen, »ein substantielles Maß an politischer Legitimation und Unterstützung aus der eigenen Bevölkerung zu generieren« (Albrecht/Frankenberger 2010: 8). Entgegen der Annahme, dass Tendenzen einer kulturellen Demokratieforschung bereits implizit in den Arbeiten von David Easton angelegt seien (Pickel 2010: 620)²⁴, gilt es angesichts der Universalität des Legitimitätsglaubens für die Unterstützung politischer Systeme (Easton 1965: 281), den ideologischen, strukturalen und personalen Quellen bzw. die ihm zugrunde liegenden Prinzipien und Werten für die politischen Unterstützungsobjekte genauer nachzuspüren. Eine Ergänzung der klassischen Umfrageforschung gewinnt hier vor allem deshalb an Gewicht, weil sich die Erklärungsversuche autokratischer Regimestabilität auf ein komplexes Phänomen beziehen, welches »eine breite und gleichermaßen tiefe Analyse notwendig macht« (Bank 2009: 30). Während in der bisherigen Debatte vor allem institutionalistische und politökonomische Ansätze dominierten, werden neuerdings explizit akteurszentrierte und kulturalistische Variablen eingefordert (Kailitz 2009: 471). Die Frage nach der Dauerhaftigkeit autokratischer Regime muss bezüglich ihrer politisch-kulturellen Verankerung dafür jedoch über »die Konzentration auf die ›helle Seite‹ der Macht« (Albrecht/Frankenberger 2010: 4) hinausgehen. Eine machtsensible Perspektive politischer Kulturforschung bietet

22 Diese Argumentation zäumt das Pferd vielmehr von hinten auf, wenn sie darauf beruht, dass es nur in Demokratien ein normatives Grundgerüst gebe, zu denen sich die Bürgerinnen und Bürger klar bekennen können und welches sich mit dem Instrument der Umfrageforschung erfassen lässt.

23 Schließlich wird auch für eine politische Kulturforschung, die sich auf das Objekt Demokratie hin ausrichtet argumentiert, dass es »grundsätzlich wenig plausibel [ist], die Essenz oder den Kern eines Phänomens in etwas zu begreifen, das außerhalb dieses Phänomens liegt« (Fuchs 2004: 97, 2002).

24 Dieser Lesart wird hier vehement widersprochen, schließlich war es von Beginn an Eastons Ziel, eine möglichst allgemeine Theorie der Politik zu entwickeln, »[that] helps us to prevent research from remaining exclusively and narrowly preoccupied, at least implicitly, with one type of system, namely, democracy as it has developed in the West« (Easton 1965: 15).

daher in nicht-demokratischen Regimen die Möglichkeit, der Frage nachzugehen, wie Autokratien versuchen die politische Kultur zu prägen und inwieweit sie dazu in der Lage sind, eine Kongruenz zwischen Struktur und Kultur herzustellen, welche den Legitimationsglauben in das Regime zu stimulieren vermag.

Deutungsmacht in David Eastons Konzept politischer Unterstützung

Eine machtsensible Perspektive politischer Kulturforschung bietet somit bedeutende Vorteile und Potentiale für die Analyse politischer Kulturen unter der Berücksichtigung institutioneller, medialer wie symbolischer Dimensionen von Macht. Einen zentralen Ankerpunkt für die gegenseitige Ergänzung quantitativer wie qualitativer Ansätze bietet dafür David Eastons Konzept der politischen Unterstützung. Mit Blick auf die diffuse Unterstützung der politischen Objekte und ihrer Elemente ist dafür zunächst festzuhalten, dass Eastons Konzept in Ansätzen der empirischen Sozialforschung als striktes behaviouralistisches Programm verstanden und rezipiert wird. Die »Aufnahme der Methode der Umfrageforschung als klassischem Instrument des Behaviorismus« (Pickel/Pickel 2006: 60) führt jedoch dazu, dass wichtige institutionelle, mediale, symbolische Aspekte von Macht in *A Systems Theory of Political Life* schlichtweg ausgeblendet werden.²⁵ Diese sind jedoch von grundlegender Bedeutung, weil auch Easton zu dem Schluss kommt, dass

»equal expressions of supportive attitudes cannot automatically be given equal weight with respect to their consequences for the persistence of a system. A few powerful members, such as an active political elite, [...] may be able to make their positive or negative support count for more than high levels of support from unorganized millions« (1965: 167).

Deshalb ist es notwendig, die effektive instrumentelle Macht einer Gruppe als integralen Teil des unterstützenden Inputs zu spezifizieren. Bei Easton werden zudem aus allgemeinen Machtfragen spezifische Deutungsmachtfragen, wenn politische Systeme sich unterschiedlich gegenüber verschiedenen politischen Prinzipien und Werten orientieren, weil die Frage der Bedingungen »under which some political values instead of others become dominant for a system is a moot question« (ebd.:

25 Zudem weist Easton selbst auf die Gefahr einer Überbetonung behavioralistischer Forschungsmethoden und -techniken in der Analyse von Politik hin. Er plädiert sogar im Zuge einer Post-Behavioralistischen Revolution für ein sogenanntes Credo of Relevance, »because it is more important to be relevant and meaningful for contemporary urgent social problems than to be sophisticated in the tools of investigation. For the aphorism of science that it is better to be wrong than vague, post-behavioralism would substitute a new dictum, that it is better to be vague than non-relevantly precise« (Easton 1969: 105).

198). Eine machtsensible Perspektive politischer Kulturforschung setzt an dieser elementaren Stelle an.

Deutungsmacht über gemeinschaftliche und legitimierende Aspekte von Ideologie

Obwohl Easton keine eigene Teiltheorie über Ideologie entwirft, stellt er deren herausragenden Charakter »as a major response mechanisms for initiating and bolstering the input of diffuse support« (1965: 335) ins Zentrum seiner Diskussion.²⁶ Er konzipiert eine sogenannte *omnibus ideology*, die als »the most inclusive set of ideological beliefs held by a member«, in Bezug auf die politischen Unterstützungsobjekte jeweils verschiedene Aspekte abbildet und deshalb nach drei Typen unterschieden werden kann.²⁷ Innerhalb einer *communal ideology* finden sich laut Easton jene auf die Persistenz und den Wandel der politischen Gemeinschaft bezogenen Aspekte, »that express, as well as reinforce, the sense of political unity among the members as a group of persons sharing a common set of structures, norms, and values for political purposes« (ebd.: 336), während *legitimizing ideologies*,

»relate to those aspects of an omnibus set of beliefs that are oriented to supporting or challenging the regime and the right of the authorities to rule. They consist of those principles and values validating a structure, its norms, and occupants in terms of images of the future, interpretations of the present, and conceptions of the past« (ebd.: 336).

Zwei Aspekte sind hier mit Blick auf die Potentiale der Ergänzung relevant. Erstens, dass Easton instrumentelle Deutungsmachtansprüche über die politischen Unterstützungsobjekte impliziert, wenn er betont, dass »categories of belief and conviction are too inescapable and useful [as] a tool in power relationships to be neglected by men anywhere« (ebd.: 291; 296f.). Und zweitens, dass die historisch-kulturelle Einbettung ideologischer *belief systems* eine expressive Bedingung für deren Effektivität »to capture the imagination« (ebd.: 290) darstellt. Bezuglich der diffusen Unterstützung bzw. der Maßstäbe für den Legitimitätsglauben in die politischen Unterstützungsobjekte liegt somit auch bei Easton ein Fokus auf der Imagination

²⁶ Für die politische Gemeinschaft betont Easton die Bedeutung politischer Symbole und Rituale für die Stimulation des politischen Gemeinschaftssinns (1965: 332). Darin zeigt sich ein weiteres Anwendungsfeld für Deutungsmachtmachtnalyse, welches hier jedoch nicht genauer ausgearbeitet werden kann.

²⁷ Der dritte Typ einer *partisan ideology*, die sich auf die Organisation und den Wettbewerb alltäglicher Politik durch die politischen Herrschaftsträger richtet, findet hier zunächst keine Berücksichtigung.

politisch relevanter Weltbilder bzw. den »assumptions about the political world« (Elkins/Simeon 1979: 127).

Übereinstimmend betont Martin Greiffenhagen, dass das Legitimitätsproblem prinzipiell mehr Dimensionen besitze als in der empirischen Sozialforschung berücksichtigt werden. Wie bereits angesprochen, ist es für die Erklärung politischer Unterstützung bzw. den Legitimitätsglauben in die politischen Objekte sowie für den Vergleich politischer Kulturen essentiell, überhaupt erst zu verstehen, was diese repräsentieren und welchen grundlegenden Bedeutungsgehalt sie innerhalb einer bestimmten politischen Kultur besitzen. Das gilt besonders für die politische Gemeinschaft, in welcher Easton den zentralen Ansatzpunkt für die Idee von Persistenz und Wandel erkennt (1965: 188), die jedoch aufgrund einer Vielzahl von theoretischen Probleme bis heute am wenigsten elaboriert ist und vor allem für klassische Ansätze bis heute methodisch sehr schwer greifbar bleibt (Greiffenhagen M. 1997: 47; Westle 1989). Gängige Indikatoren zur Operationalisierung der politischen Unterstützung, im Sinne einer positiven emotionalen Bewertung, beziehen sich für die politische Gemeinschaft beispielsweise auf den Nationalstolz oder die Bereitschaft, in Kriegszeiten für das eigene Land zu kämpfen (Klingemann 1998: 10). Damit bleiben sie jedoch eine substantielle Vorstellung dessen schuldig, was die Nation bzw. die politische Gemeinschaft ist, was sie ausmacht und wer Teil von ihr ist.²⁸ Das Argument, dass beispielsweise Nationalstolz als Indikator sowohl innergesellschaftlich als auch interkulturell weitgehend ähnlich verstanden werde (Gaber 2007: 177), erscheint mit Blick auf Eastons Konzept hältlos, weil *communal ideologies* »as responses that fortify sentiments of mutual political identification among the members of a political system [...] differ vastly in the content they transmit« (Easton 1965: 333). Das gilt jedoch nicht nur interkulturell, sondern eben auch innergesellschaftlich, weil *communal ideologies* »may also be divisive rather than integrative. They may serve as a vehicle for expressing and intensifying cleavages in the community« (ebd.). Die politische Identifikation der Mitglieder mit der politischen Gemeinschaft kann vor dem Hintergrund gemeinsamer historischer Erfahrungen sowie geteilter Traditionen und Erwartungen nur dann gelingen, wenn diese entsprechend interpretiert, kodifiziert und für zukünftige Generationen gut sichtbar, zugänglich und übertragbar gemacht werden. Der politische Gemeinschaftssinn und dessen Entwicklung verstehen sich schließlich gerade deshalb nicht von selbst, weil »each system seeks in its own way, but always using some kind of communal ideology, to generate diffuse support behind the political community« (ebd.: 334).

In ähnlicher Form gilt dies auch für die politische Ordnung und die politischen Herrschaftsträger. Jeder politischen Ordnung liegt laut Easton ein bestimmtes Set an artikulierten wie implizierten politischen Werten und Prinzipien zugrunde,

28 Auch qualitative Nacherhebungen können darüber keine ausreichende Auskunft geben.

welches die operativen Handlungsräume des politischen Systems absteckt. Diese unterscheiden sich zu bestimmten Zeitpunkten sowie aus historische Perspektive jedoch grundlegend und sind mit divergierenden Lebensweisen verbunden. Für die Unterscheidung zwischen Demokratien und Autokratien scheint dies offensichtlich, aber – wie zuvor betont – berücksichtigt Easton ausdrücklich den innerdemokratischen Konflikt um die Deutung politischer Werte:

»There will usually be subsets of members who will even interpret the same goal symbols quite differently. Freedom does not bear the same content for all persons. We can expect to find members who apparently hold the same political ideals but who place substantially different emphases and priorities upon their constituent parts. This is especially true among the most articulate interpreters [...]« (ebd.: 197, 297).

Die Deutung solcher Begriffe und Konzepte als Antwort auf die Frage, was ein Unterstützungsobjekt bzw. -element repräsentiert oder welche Bedeutung es innerhalb einer politischen Kultur besitzt, ist daher folgenreich für die Maßstäbe bzw. den Legitimitätsglauben ihrer Mitglieder. Analog zu Rohes Begriff des politischen Weltbildes, finden sich in *legitimizing ideologies* jene Werte der politischen Ordnung »consisting of articulated ethical interpretations and principles that set forth the purposes, organization, and boundaries of political life« (ebd.: 290). Werte, Normen, Herrschaftsstrukturen der politischen Ordnung, aber auch Rollen der politischen Herrschaftsträger, müssen auf eine Art und Weise artikuliert und gedeutet werden, die es den Mitgliedern ermöglicht, die Vergangenheit zu interpretieren, die Gegenwart zu erklären und eine Vision für die Zukunft zu entwerfen (ebd.), welches ihr Potential, diffuse Unterstützung zu generieren, »will depend upon its success in capturing the imagination of most of the members in the system and in thereby fostering in them sentiments of legitimacy toward the authorities and regime« (ebd.: 294).

Expressive und instrumentelle Aspekte

Mit der Frage nach den Erfolgsbedingungen für die positive Rezeption von Ideologie, rücken weiterhin expressive und instrumentelle Aspekte in den Fokus. Es ist offensichtlich, dass nicht jede Deutung auf der Grundlage einer Ideologie bzw. eines ideologischen *belief system* die gleiche Wahrscheinlichkeit besitzt, als Rechtfertigung für die politische Ordnung und die Herrschaftsträger akzeptiert zu werden. Einerseits müssen die Mitglieder expressiv davon überzeugt sein, dass ihre Vorstellungen und Gefühle bezüglich ihrer eigenen Bedürfnisse und Interessen, aber auch hinsichtlich der gemeinsamen Geschichte und ihres Platzes innerhalb der Gesellschaft von einer Ideologie richtig und wahrheitsgemäß wiedergegeben werden.

Andererseits liegen die instrumentellen oder gar manipulativen Voraussetzungen »in utilizing the beliefs« (ebd.: 296) gerade in den Händen der gesellschaftlichen Eliten. Die Artikulation, Förderung und Weiterentwicklung bestimmter ideologischer Positionen muss, unter Bedingungen eines pluralen Wettbewerbs, bei den Systemmitgliedern sowohl hinsichtlich Inhalts als auch des Ausdrucks »appeal to a prior set of predispositions« (ebd.: 295). Diese sind vielfältig, müssen aber neben den kognitiven, affektiven und evaluativen Dimensionen gerade auch die historischen, ästhetischen und symbolischen Aspekte politischer Kultur berücksichtigen, um zu einem umfassenden Verständnis politischer Unterstützung zu kommen. Deutungsprozesse der politischen Unterstützungsobjekte sind damit prinzipiell keine Einbahnstraße, sondern basieren auf den Fähigkeiten politischer Eliten »in inventing and interpreting a set of values for the politically relevant membership and defining its relationship to their presumed needs and motivations« (ebd.: 297).

Fazit und Ausblick

Wenn das zentrale Ziel der klassischen politischen Kulturforschung darin liegt, jene subjektiven Rahmenbedingungen von Politik zu erfassen, welche die Stabilität eines politischen Systems beeinflussen, stehen die Wertegerüste und Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger sowie deren Verhältnis zur politischen Struktur in Zentrum des Forschungsinteresses. Wie der Beitrag gezeigt hat, sehen sich Ansätze der empirischen Sozialforschung in der Tradition der Almond/Verba-Studie jedoch konzeptimmanenter Problemen und Grenzen gegenüber. Von einer machtsensiblen Perspektive auf das Verständnis politischer Kultur könnten sie deshalb besonders profitieren, weil mit dieser »gerechtfertigte[n] Kritik an der empirischen Forschungspraxis« (Gabriel 1994: 24) ein grundsätzlicher Austausch zwischen zwei konkurrierenden Forschungstraditionen – und nicht etwa die Aufgabe des einen oder des anderes – angestrebt wird. Wenn sich, wie Gabriel weiter ausführt, ein vorstellungszentrierter Ansatz »ohne Probleme in die von Almond und Verba begründete Forschungstradition einbinden« (ebd.) ließe, müsste *vice versa* gelten, dass kulturwissenschaftliche Forschungsansätze und -ergebnisse ebenso dazu in der Lage sind, eine entsprechende Ergänzung zu leisten. Mit dem Unterstützungs-konzept von David Easton existiert insofern ein zentraler Ankerpunkt, auf den sich empirische wie hermeneutische Forschungsmethoden beziehen können, um »die richtigen Fragen zu stellen« (Greiffenhagen S. 2009: 24), damit die repräsentative Umfrage- und Einstellungsforschung »mehr leisten kann als sie bislang tatsächlich geleistet hat« (Rohe 1994: 5).

Bezüglich der empirischen Forschungspraxis erweist sich eine machtsensible Perspektive nicht nur für die Ergänzung im Sinne der Deutung und Verfügbardarstellung der politischen Unterstützungsobjekte und ihrer Elemente als fruchtbar, um

jene »kulturelle Sachverhalte erfassen [zu] können, die den jeweiligen Frager gar nicht voll bewusst sind« (ders. 1987: 46), sondern sie dient allgemein zur Analyse machtförmiger Prozesse zwischen politischer Deutungs- und Soziokultur bzw. politischer Eliten- und Massenkultur. Mit ihrer Konzeptualisierung tragen Deutungsmachtkonzepte gerade jenem Umstand Rechnung, dass es sich bei politischer Kultur um einen komplexen Forschungsgegenstand handelt, der es, sofern man Fragen und Probleme nicht willkürlich kappen will, erfordert, alle Politik-Dimensionen (Polity, Politics, Policy) in die Analyse miteinzubeziehen (ders. 1994: 15). Text-, Sprach-, Symbol- und Begriffsanalyse erhalten durch die vierstellige Deutungsmachtrelation aus Akteur – Struktur – Medium – Rezipient zudem forschungspraktische Relevanz, wenn man die Messung der individuellen sozialpsychologischen Einstellungen im Inneren der Köpfe, in den Raum öffentlicher Diskurse und Symbole verlagern kann, was besonders in autokratischen Kontexten fruchtbar erscheint (Holbig 2010: 39f.).

In der jüngeren Vergangenheit bieten sich für Deutungsmachtanalysen innerhalb der politischen Kulturforschung beispielsweise Ansätze der (politikwissenschaftlichen oder diskursiven) Narrativ- bzw. Narrationsforschung an (Arnold et al. 2012; Gadinger et al. 2014a, 2014b; Hofmann et al. 2014; Koschorke 2012; Müller-Funk 2007; Viehöver 2011), wenn dort davon ausgegangen wird, dass »machtvermittelte Erzählungen mit dem Anspruch eines natürlichen Leitdiskurses operieren« (Franke-Schwenk 2014: 364) und im Rahmen narrativer, szenischer, ikonischer und symbolischer Vermittlungsstrategien politische Weltbilder mit Werten, Prinzipien, Normen und Argumentationsstrukturen historisch-kulturell konfigurieren und verknüpfen. Nicht für die politische Ordnung, sondern auch für die politische Gemeinschaft wird somit der kognitive Inhalt und der affektiv-ästhetische Ausdruck der Vergangenheit zur einer zentralen Ressource politischer Legitimität (Bergem 2014: 45; 2009), die vor dem Hintergrund eines potentiellen Wettbewerbs um Deutungsmacht jedoch nicht automatisch dominant bleibt, sondern ständig aktualisiert und verteidigt werden muss. Deutungsmachtfragen beschränken sich aber freilich nicht auf politische Diskurse oder Erzählungen, sondern bieten sich gerade für die kulturelle Symbol-, Bild- oder Filmforschung an, weshalb es deren Spielräume es innerhalb der politischen Kulturforschung mit Hilfe benachbarter Disziplinen zu erweitern gilt (Brown 2002).

Literatur

- Albrecht, Holger/Frankenberg, Rolf 2010: Die »dunkle Seite« der Macht: Stabilität und Wandel autoritärer Systeme. *Der Bürger im Staat*, Heft 1, S. 4-13.
- Almond, Gabriel A./Verba Sidney 1963: *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five nations*, Princeton.

- Almond, Gabriel A. 1989: The Intellectual History of the Civic Culture Concept. In: Gabriel A Almond./Sidney Verba (Hg.), *The Civic Culture Revisited*, Thousand Oaks.
- Arnold, Markus/Dressel, Gert/Viehöver, Willy (Hg.) 2012: Erzählungen im Öffentlichen. Über die Wirkung narrativer Diskurse, Wiesbaden.
- Bank, André 2009: Die Renaissance des Autoritarismus. Erkenntnisse und Grenzen neuerer Beiträge der Comparative Politics und Nahostforschung. In: *Hamburg Review of Social Science*, Heft 1, S. 10-31.
- Bergem, Wolfgang 2009: Politische Kultur und Geschichte. In: Samuel Salzborn (Hg.), *Politische Kultur, Forschungsstand und Forschungsperspektiven*, Frankfurt a.M., S. 201-227.
- Bergem, Wolfgang 2014: Narrative Formen in Geschichtspolitik und Erinnerungskultur. In: Wilhelm Hofmann/Judith Renner/Katja Teich (Hg.), *Narrative Formen der Politik*, Wiesbaden, S. 31-48.
- Brodocz, André 2006: Die souveränen Deuter. Symbolische Voraussetzungen – instrumentelle Rahmenbedingungen – praktische Auswirkungen. In: Hans Vorländer (Hg.), *Die Deutungsmacht der Verfassungsgerichtsbarkeit*, Wiesbaden, S. 95-120.
- Brown, Wendy 2002: At the Edge; in: *Political Theory*, Vol. 30: What is Political Theory? Special Issue, S. 556-576.
- Carothers, Thomas 2002: The End of the Transition Paradigm. In: *Journal of Democracy*, Heft 1, S. 5-21.
- Converse, Philip E. 2006: The Nature of Belief Systems in Mass Publics (1964). In: Critical Review, Heft 1-3, S. 1-74.
- Diehl, Paula/Steilen, Felix (Hg.) 2016: Politische Repräsentation und das Symbolische, Historische, politische und soziologische Perspektiven, Wiesbaden: Springer VS.
- Easton, David 1965: *A Systems Analysis of Political Life*, New York.
- Easton, David 1969: The New Revolution in Political Science. In: *The American Political Science Review*, Heft 4, S. 1051-1061.
- Easton, David 1975: A Re-assessment of the Concept of Political Support, in: *British Journal of Political Science*, Heft 4, S. 435-457.
- Elkins, David J./Simeon, Richard E. 1979: A Cause in Search of Its Effect, or What Does Political Culture Explain. In: *Comparative Politics*, Heft 2, S. 127-145.
- Franke-Schwenk, Anja 2014: Politische Narrative in autoritären Herrschaftskontexten. In: Frank Gadinger/Sebastian Jarzebski/Taylan Yıldız (Hg.), *Politische Narrative, Konzepte – Analysen – Forschungspraxis*, Wiesbaden, S. 363-386.
- Fuchs, Dieter 1989: *Die Unterstützung des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*, Opladen.
- Fuchs, Dieter 2004: Konzept und Messung von Demokratie. Eine Replik auf Heidrun Abromeit. In: *Politische Vierteljahresschrift*, Heft 1, S. 94-106.

- Gaber, Rosanna 2007: Politische Gemeinschaft in Deutschland und Polen. Zum Einfluss der Geschichte auf die politische Kultur. Wiesbaden.
- Gabriel, Oscar W. 1994: Politische Kultur aus Sicht der empirischen Sozialforschung. In: Oskar Niedermayer/Klaus von Beyme (Hg.), Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland, Berlin, S. 22-42.
- Gabriel, Oscar W. 1999: Bürger und Politik in Deutschland. In: Oscar W. Gabriel/Everhard Holtmann (Hg.), Handbuch Politisches System der Bundesrepublik Deutschland, München, S. 379-497.
- Gadinger, Frank/Jarzebski, Sebastian/Yıldız, Taylan 2014a: Vom Diskurs zur Erzählung. Möglichkeiten einer politikwissenschaftlichen Narrativanalyse. In: Politische Vierteljahresschrift, Heft 1, S. 67-93.
- Gadinger, Frank/Jarzebski, Sebastian/Yıldız, Taylan (Hg.) 2014b: Politische Narrative. Konzepte – Analysen – Forschungspraxis, Wiesbaden.
- Gallie, Walter B. 1955: Essentially Contested Concepts. In: Proceedings of the Aristotelian Society, Heft 1, S. 167-198.
- Göhler, Gerhard 1997: Der Zusammenhang von Institution, Macht und Repräsentation. In: Gerhard Göhler (Hg.), Institution – Macht – Repräsentation: Wofür politische Institutionen stehen und wie sie wirken, Variationen der Macht, Baden-Baden, S. 11-64.
- Göhler, Gerhard 2007: Politische Institutionen als Symbolsysteme. In: Heinrich Schmidinger/Clemens Sedmak (Hg.), Der Mensch – ein »animal symbolicum«? Sprache – Dialog – Ritual, Darmstadt, S. 301-321.
- Göhler, Gerhard 2004: Macht. In: Ders./Mattias Iser/Ina Kerner (Hg.): Politische Theorie. 22 umkämpfte Begriffe zur Einführung, Wiesbaden, S. 244-261.
- Göhler, Gerhard 2013: Transitive und intransitive Macht. In: André Brodocz/Stefanie Hammer (Hg.), Variationen der Macht, Baden-Baden, S. 225-242.
- Greiffenhagen, Martin: 1997: Politische Legitimität in Deutschland. Güterloh.
- Greiffenhagen, Sylvia 2009: Theorie(n) der Politischen Kultur. In: Samuel Salzborn (Hg.), Politische Kultur, Forschungsstand und Forschungsperspektiven, Frankfurt a.M., S. 11-30.
- Greiffenhagen, Martin/Greiffenhagen, Sylvia 2003: Politische Kultur. In: Uwe Andersen/Wichard Woyke (Hg.), Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, Opladen, S. 515-520.
- Hague, Rod/Harrop, Martin/McCormick, John 2016: Comparative Government and Politics: An Introduction, Basingstoke.
- Hildebrandt, Mathias 1996: Politische Kultur und Zivilreligion. Würzburg.
- Hobsbawm, Eric J., 1990: Nations and nationalism since 1780. Programme, myth, reality, Cambridge.
- Hofmann, Wilhelm/Renner, Judith/Teich, Katja (Hg.) 2014: Narrative Formen der Politik. Wiesbaden.

- Holbig, Heike 2010: Die Finanzkrise in China: Auswirkungen auf die Legitimität der Parteiherrschaft. In: *Der Bürger im Staat*, Heft 1, S. 38-43.
- Kaase, Max 1983: Sinn oder Unsinn des Konzepts »Politische Kultur« für die Vergleichende Politikforschung, oder auch: Der Versuch, einen Pudding an die Wand zu nageln. In: Max Kaase/Hans-Dieter Klingemann (Hg.), *Wahlen und politisches System, Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1980*, Opladen, S. 144-172.
- Kailitz, Steffen 2009: Stand und Perspektiven der Autokratieforschung. In: *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, Heft 3, S. 476-488.
- Koschorke, Albrecht 2012: *Wahrheit und Erfindung: Grundzüge einer Allgemeinen Erzähltheorie*. Berlin.
- Lambach, Daniel/Göbel, Christian 2010: Die Responsivität autoritärer Regime. In: Holger Albrecht/Rolf Frankenberger (Hg.), *Autoritarismus reloaded, Neuere Ansätze und Erkenntnisse der Autokratieforschung*, Baden-Baden, S. 79-92.
- Müller-Funk, Wolfgang 2007: Die Kultur und ihre Narrative. Eine methodologische Einführung, Wien.
- Pelinka, Anton 2006: Die Politik der politischen Kultur. In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, Heft 3, S. 225-235.
- Pickel, Gert 2009: Unausweichlichkeit der Demokratisierung oder »Democracy Bias«? Kulturelle Rahmenbedingungen und Faktoren der Stabilität und Instabilität politischer Regime. In: *Totalitarismus und Demokratie*, Heft 2, S. 293-322
- Pickel, Gert 2010: Politische Kultur und Demokratieforschung. In: Klemens H Schrenk/Markus Soldner (Hg.), *Analyse demokratischer Regierungssysteme*, Wiesbaden, S. 611-626.
- Pickel, Gert 2013: Die kulturelle Verankerung von Autokratien – Bestandserhalt durch ideologische Legitimationsstrategien und ökonomische Legitimität oder Demokratisierung?. In: Steffen Kailitz/Patrick Köllner (Hg.), *Autokratien im Vergleich*, Baden-Baden, S. 176-177.
- Pickel, Susanne/Pickel, Gert 2006: *Politische Kultur- und Demokratieforschung. Grundbegriffe, Theorien, Methoden. Eine Einführung*, Wiesbaden.
- Putnam, Robert D. 1971: Studying Elite Political Culture: The Case of »Ideology«. In: *American Political Science Review*, Heft 3, S. 651-681.
- Pye, Lucian W. 1965: Introduction: Political Culture and Political Development. In: Ders./Sidney Verba (Hg.), *Political Culture and Political Development*, Princeton, S. 3-26.
- Rehberg, Karl-Siegbert 2014: Institutionen als symbolische Ordnungen. Leitfragen und Grundkategorien zur Theorie Analyse institutioneller Mechanismen. In: Karl-Siegbert Rehberg (Hg.), *Symbolische Ordnungen. Beiträge zu einer soziologischen Theorie der Institutionen*, Baden-Baden, S. 43-84.
- Rohe, Karl 1987: Politische Kultur und der kulturelle Aspekt von politischer Wirklichkeit. Konzeptionelle und typologische Überlegungen zu Gegenstand

- und Fragestellung Politischer Kultur-Forschung. In: Dirk Berg-Schlosser/Jakob Schissler (Hg.), Politische Kultur in Deutschland, Bilanz und Perspektiven der Forschung, Opladen, S. 39-49.
- Rohe, Karl 1990: Politische Kultur und ihre Analyse: Probleme und Perspektiven der politischen Kulturforschung. In: Historische Zeitschrift, Band 250, Heft 1, S. 321-346.
- Rohe, Karl 1994: Politische Kultur: Zum Verständnis eines theoretischen Konzepts. In: Oskar Niedermayer/Klaus von Beyme (Hg.), Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland, S. 1-21.
- Rokeach, Milton 1960: *The Open and Closed Mind*, New York.
- Salzborn, Samuel 2009: Der Vergleich politischer Kulturen. Theorien, Konzepte und Methoden. In: Ders. (Hg.), Politische Kultur. Forschungsstand und Forschungsperspektiven, Frankfurt a.M., S. 45-60.
- Sartori, Giovanni 1967: Politics, Ideologie, and Belief Systems. In: *The American Political Science Review*, Heft 2, S. 398-411.
- Schubert, Sophia/Kosow, Hannah 2007: Das Konzept der Deutungsmacht. Ein Beitrag zur gegenwärtigen Machtdebatte in der Politischen Theorie?. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Heft 1, S. 39-48.
- Schubert, Sophia/Weiß, Alexander 2016: »Demokratie« jenseits des Westens : Theorien, Diskurse, Einstellungen.
- Schulz, Daniel 2006: Theorien der Deutungsmacht. Ein Konzeptualisierungsversuch im Kontext des Rechts. In: Vorländer, Hans (Hg.): Die Deutungsmacht der Verfassungsgerichtsbarkeit, Wiesbaden, S. 67-94.
- Schwellning, Birte 2008: Der kulturelle Blick auf politische Phänomene. Theorien, Methoden, Problemstellungen. In: Dies. (Hg.), Politikwissenschaft als Kulturwissenschaft, Wiesbaden, S. 11-32.
- Stoellger, Philipp 2014: Deutungsmachtanalyse. Zur Einleitung in ein Konzept zwischen Hermeneutik und Diskursanalyse. In: Philipp Stoellger (Hg.), Deutungsmacht. Religion und belief systems in Deutungsmachtkonflikten, Tübingen, S. 1-85.
- Viehöver, Willy 2011: Diskurse als Narrationen. In: Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden, Wiesbaden, S. 193-224.
- Vorländer, Hans 2006: Deutungsmacht – Die Macht der Verfassungsgerichtsbarkeit. In: Ders. (Hg.), Die Deutungsmacht der Verfassungsgerichtsbarkeit, Wiesbaden, S. 9-36.
- Vorländer, Hans 2013: Transzendenz und die Konstitution von Ordnungen: Eine Einführung in systematischer Absicht. In: Ders. (Hg.), Transzendenz und die Konstitution von Ordnungen, Berlin, S. 1-42.
- Weber, Max 1920: Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie, Band 1, Tübingen.
- Westle, Bettina 1989: Politische Legitimität – Theorien, Konzepte, empirische Befunde, Baden-Baden.

- Westle, Bettina 2009a: Rezeptionsgeschichte des Konzepts der Politischen Kultur. In: Dies./Oscar W. Gabriel (Hg.), Politische Kultur, Eine Einführung, Baden-Baden, S. 23-39.
- Westle, Bettina 2006: Politische Kultur. In: Hans-Joachim Lauth (Hg.), Vergleichende Regierungslehre, Eine Einführung, Wiesbaden, S. 270-290.
- Westle, Bettina 2009b: Weiterentwicklungen des Konzepts der Politischen Kultur in der empirischen Sozialforschung. In: Dies./Oscar W. Gabriel (Hg.), Politische Kultur, Eine Einführung, Baden-Baden, S. 40-55.

